

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1949

43 (16.12.1949)

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H. Mannheim...

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50...

- Adenauer wird heute gestellt!
Spiel mit Goebbels Zahlen
Kanonenfutter für den Westen
Betriebsarbeiter und Erwerbslose

Der Marshallplan, das größte Geschäft der Weltgeschichte

USA-Hoffman brüstet sich mit den hohen Dividenden und der Monopolisierung von 270 Millionen Kunden, die in Europa für USA-Imperialisten organisiert wurden

„Heute schon“, erklärte Marshallplan-Administrator Hoffman, „habe das Hilfsprogramm (Marshallplan) bereits bemerkenswerte hohe Dividenden abgeworfen...

inobilitiert. In jener Rede meinte Hoffman: „Sollte Europa kommunistisch werden, würden sich die Verteidigungsausgaben der USA auf jährlich 30 Milliarden Dollar gegenüber 15 Milliarden heute erhöhen.“

staates Westdeutschland führte. Aus militärstrategischen und aus wirtschaftspolitischen Gründen wurde der Separatstaat Westdeutschland für die USA im „größten Geschäft des zwanzigsten Jahrhunderts“ die Schlüsselposition in Westeuropa.

der Ostzone. Wir sind bei den von Marshallplan-Administrator genannten 270 Millionen Kunden, die durch das „größte Geschäft der Weltgeschichte“, den USA-Imperialisten überantwortet werden.

USA-Monopol über westdeutsche Wirtschaft perfekt

Dr. Adenauer unterzeichnet Marshallplan-Abkommen — Der große Schnitt der USA auf unsere Kosten

Gestern ist in Bonn zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten das zweiseitige ECA-Abkommen abgeschlossen worden.

ren, dem Marshallplan angehörenden Ländern und Westdeutschland. Die Bundesrepublik hat sich mit dem Abkommen verpflichtet, alle Lieferungen der USA im Rahmen des ERP als Schuldforderungen der USA an Westdeutschland anzuerkennen.

zu erreichen, die von der OEEC-Organisation bestimmt werden. Besondere Projekte, die die Bundesregierung mit der auf Grund des EC-Abkommens geleisteten Hilfeplanes müssen den USA vorgelegt werden.

Nur eine moralische Offensive?

Der Kommunismus ist gewappnet!

Fast zur selben Zeit, als Marshallplan-Administrator den Marshallplan als das „größte Geschäft der Weltgeschichte“ für die USA feierte, verkündete der sattsam bekannte Außenpolitiker der republikanischen Partei in den Vereinigten Staaten, John Forster Dulles, eine „moralische Offensive gegen das überspannte und allzu straffe Gebäude des Kommunismus.“

Wer die sich in den Reihen der kommunistischen Parteien vollziehende Selbstkritik, die Erziehung aller ihrer Mitglieder und Funktionäre zur höchsten Wachsamkeit gegen das unablässig trüffelnde Gift des Klassenegners und seiner Agenturen beobachtet, wird zu der Schlussfolgerung kommen, daß die kommunistischen Parteien nicht ungewappnet dem von Forster Dulles angekündigten Feldzug gegenüber stehen werden.

Ein Haar in der Suppe

Britannien lehnt Bedingung des Waffenlieferungs-Programms ab

Washington. (nach Reuter) Großbritannien hat sich gegen die Bedingungen ausgesprochen, unter denen die Vereinigten Staaten im Rahmen des Waffenlieferungsprogrammes den Mitgliedern des Atlantikpakt-Rüstungsmaterial liefern wollen.

Ueber die britische Ablehnung im einzelnen ist nichts bekannt geworden. Man spricht allerdings von einer Klausel des Abkommens, die den Atlantikpaktmächten verbietet, die von den USA gelieferten Waffen außerhalb des Operationsgebietes des Atlantikpakt einzusetzen.

Wir sind der Ansicht, daß das nicht das einzige Haar in der Suppe ist, daß man in Britannien bei den Bedingungen über die Waffenlieferungen gefunden hat. Es dürfte auch die Frage dabei stehen: Jahrgang wieviel sind die Waffen, die geliefert werden und wie stehts mit den Preisen und den Schuldverpflichtungen, die eingegangen werden müssen.

Acheson, der erst kürzlich über die „guten Fortschritte“ bei den Waffenlieferungsverhandlungen gesprochen hat, sah sich nach der Unterredung mit dem britischen Botschafter genötigt, eine Berichtigung abzugeben, er begründet diese „im Hinblick auf später erhaltene Kenntnis.“ Einige grundsätzliche Fragen müßten noch erörtert werden.

Einmal einen lichten Augenblick, aber...

„New York Times“ pessimistische Betrachtung

Washington. (dpa) Ein düsteres Bild von der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik malt die „New York Times“. Das Blatt vermutet einen baldigen Zusammenschluß der Rechtsparteien in Westdeutschland, die „sich in mancher Hinsicht zum nationalsozialistischen Gedankengut bekennen.“

Der Betriebsrat des Ulmer Telefonenwerkes hat in einem Schreiben an das Arbeitsamt gegen die geplanten Entlassungen protestiert. Die Arbeiterschaft sei nicht gewillt, bei dem im Vergleich zu den Herstellungskosten überhöhten Verkaufspreisen der Rundfunköhren auch noch das Risiko der Absatzschwankungen zu tragen.

Streik der Staatsangestellten in Italien

Senat gibt nach

Rom. (UP) Mehr als eine Million Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes in Italien sind gestern vormittag in den Streik getreten. Die Beamten hatten ihren 24stündigen Proteststreik bereits einige Male verschoben, in der Hoffnung, daß der italienische Senat ihre Lohnforderungen billigt.

Wie weiter aus Italien gemeldet wird, hat der italienische Senat unter dem Eindruck des Streiks der Staatsangestellten eine zusätzliche Erhöhung von 1,2 Milliarden Lire für die Gehälter der Angestellten bewilligt.

Lebenshaltung immer teurer

Aber das dicke Ende soll noch kommen

Frankfurt. (dpa/Eig. Ber.) Seit der Währungsreform haben sich die Preise für Nahrungsmittel um zirka 50 Prozent erhöht. Dies geht aus einer amtlichen Statistik hervor. Allein in der Zeit vom Oktober bis zum 21. November erhöhte sich die Index-Ziffer der Grundstoffpreise von 190,1 auf 197,0 (1838 gleich 100). Ursache dieser Preiserhöhung ist in der von Prof. Erhard verfolgten sogenannten „freien Wirtschaft“ zu suchen.

Wie besorgniserregend die Entwicklung auf dem Nahrungsmittelmarkt ist, zeigt die Tatsache, daß vom Oktober bis zum 21. November der Index um 18 Punkte gestiegen ist. Schweinefleisch ist z. B. jetzt dreimal so teuer wie im Jahre 1938. Die beabsichtigte Erhöhung der Preise für Benzin- und Dieselmotoren indirekt nachteilig auf den Lebensstandard auswirken. Die Preise für die von der schaffenden Bevölkerung benötigten Lebensmittel werden aber noch bedeutend mehr in die Höhe schnellen, wenn wie von Adenauer-Kabinett beabsichtigt — die Subventionierung der Lebensmittelleihfuhra aufgehoben wird.

Außenminister Wyschinski in Berlin

Unterredung mit Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik

Berlin. (Eig. Ber./dpa) Der Außenminister der Sowjetunion, Andrej Wyschinski, stattete dem Außenminister der Deutschen Demokratischen Republik, Dertinger, einen offiziellen Besuch ab. Wyschinski traf auf dem Luftwege von Paris kommend in Berlin ein. Auf Einladung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik unterbrach er seinen Weiterflug nach Moskau.

Bei seiner Landung auf dem Flugplatz Schönefeld wurde der sowjetische Außenminister von den drei stellvertretenden Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, Otto Nuschke und Professor Hermann Kastner, begrüßt. Weiter waren Vertreter der sowjetischen Behörden in Berlin zum Empfang erschienen.

Gegen USA-Waffenlieferungen an Frankreich

Maurice Thorez: „Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Paris. (E. B.) Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees hat Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, die Notwendigkeit hervor, für Frankreich von Deutschland Sicherheitsgarantien zu erhalten. Er erklärte weiter, daß er auf die Werkstätten und die demokratischen Kräfte Deutschlands vertraue, die zwar noch schwach seien, aber dennoch zum Glauben an ein demokratisches Deutschland berechtigten.

Thorez wandte sich gegen jegliche amerikanischen Waffenlieferungen an Frankreich.

„Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Paris. (E. B.) Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees hat Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, die Notwendigkeit hervor, für Frankreich von Deutschland Sicherheitsgarantien zu erhalten. Er erklärte weiter, daß er auf die Werkstätten und die demokratischen Kräfte Deutschlands vertraue, die zwar noch schwach seien, aber dennoch zum Glauben an ein demokratisches Deutschland berechtigten.

Thorez wandte sich gegen jegliche amerikanischen Waffenlieferungen an Frankreich.

„Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Paris. (E. B.) Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees hat Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, die Notwendigkeit hervor, für Frankreich von Deutschland Sicherheitsgarantien zu erhalten. Er erklärte weiter, daß er auf die Werkstätten und die demokratischen Kräfte Deutschlands vertraue, die zwar noch schwach seien, aber dennoch zum Glauben an ein demokratisches Deutschland berechtigten.

Thorez wandte sich gegen jegliche amerikanischen Waffenlieferungen an Frankreich.

„Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Paris. (E. B.) Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees hat Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, die Notwendigkeit hervor, für Frankreich von Deutschland Sicherheitsgarantien zu erhalten. Er erklärte weiter, daß er auf die Werkstätten und die demokratischen Kräfte Deutschlands vertraue, die zwar noch schwach seien, aber dennoch zum Glauben an ein demokratisches Deutschland berechtigten.

Thorez wandte sich gegen jegliche amerikanischen Waffenlieferungen an Frankreich.

„Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Paris. (E. B.) Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees hat Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, die Notwendigkeit hervor, für Frankreich von Deutschland Sicherheitsgarantien zu erhalten. Er erklärte weiter, daß er auf die Werkstätten und die demokratischen Kräfte Deutschlands vertraue, die zwar noch schwach seien, aber dennoch zum Glauben an ein demokratisches Deutschland berechtigten.

Thorez wandte sich gegen jegliche amerikanischen Waffenlieferungen an Frankreich.

„Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Paris. (E. B.) Auf der letzten Sitzung des Zentralkomitees hat Maurice Thorez, der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, die Notwendigkeit hervor, für Frankreich von Deutschland Sicherheitsgarantien zu erhalten. Er erklärte weiter, daß er auf die Werkstätten und die demokratischen Kräfte Deutschlands vertraue, die zwar noch schwach seien, aber dennoch zum Glauben an ein demokratisches Deutschland berechtigten.

Thorez wandte sich gegen jegliche amerikanischen Waffenlieferungen an Frankreich.

„Wird das französische Volk erlauben, daß diese Todesmaschinen aus USA ausgeladen und transportiert werden?“

Im Streiflicht gesehen

Mathilde Ludendorff soll Hauptschuldige werden

München. Der öffentliche Kläger im Spruchkammerverfahren gegen Mathilde Ludendorff, die Gattin des Generals Ludendorff, forderte, die Betroffene als Hauptschuldige einzustufen. Außerdem soll sie zwei Jahre Sonderarbeit leisten und 20 Jahre Berufsverbot erhalten.

Weihnachtsmann verteilt Prügel

Kopenhagen. Vier junge Leute, die einem „Weihnachtsmann“ den Sack mit den Geschenken wegnehmen wollten, bekamen statt der Beute Prügel. Der Weihnachtsmann war ein kräftiger Schmied. (Nach Reuter)

Eine seltene Diebesbande

Wien. Zwei Wiener Mädchen im Alter von 13 und 14 Jahren waren die Anführer einer Diebesbande, die mindestens 120 Diebstähle auf dem Gewissen hat. In der Wohnung des einen Mädchens wurde „ein ganzes Warenhaus“ gestohlener Waren gefunden. Die Wiener Zeitung „Der Abend“ berichtet, Aufgabe des einen Mädchens war es, Ladenbesitzer aus ihren Geschäften herauszulockern, während das andere Mädchen in dem verlassenen Geschäft Waren stahl. (Nach Reuter)

Fischkutter nach Minenexplosion gesunken

Lübeck. Der in Burgstaken auf Fehmarn beheimatete Fischkutter „Bur II“ ist nach Mitteilung der Wasserschutzpolizei in Lübeck nördlich von Darsserort in der Ostsee auf eine Mine gelaufen und gesunken. Ein Besatzungsmitglied kam ums Leben. Der Schiffsführer und

zwei andere Besatzungsmitglieder wurden verletzt. Sie wurden von anderen Fischkuttern aufgenommen und ins Krankenhaus gebracht.

30 Tote bei Explosion

Sioux (Iowa). 30 Tote wurden in den Trümmern einer amerikanischen Fleischkonservenpackerei in Sioux-City geborgen. Das fünfstöckige Gebäude wurde durch eine schwere Explosion größtenteils zerstört. Mit hunderten von Verletzten ist zu rechnen.

Bei den Rettungsarbeiten mußten Polizei und Bergungsmannschaften Gasmasken tragen. Es wird vermutet, daß die Explosion durch Entzündung von Ammoniakgas erfolgte, das bei der Fabrikation benutzt wird. Augenzeugen schilderten, daß die Opfer der Explosion wie ein Bienenschwarm an den Dachbalken hingen. Die meisten Toten und Verletzten sind unter den Büroangestellten zu beklagen, die in den oberen Stockwerken arbeiteten. (Nach afp, ins. und Reuter)

Französisches Kriegsgericht verurteilt vier Deutsche zum Tode

Metz. (dpa) Das Militärgericht in Metz verurteilte vier ehemalige deutsche Soldaten in Abwesenheit zum Tode. Die Verurteilten sind: Der ehemalige Oberfeldwebel Joseph Schweiger, der ehemalige Gefreite Ernst Kleintzsch, der ehemalige Rittmeister Walter Leutert und Gustav Eckert. Schweiger und Kleintzsch, die der Feldgendarmarie in Chaumont angehörten, wird die Ermordung eines Widerstandskämpfers zur Last gelegt. Auf Befehl Leuterts sollen 5 Geiseln erschossen worden sein. Eckert hat angeblich in Briegles sur Meuse geplündert. (Nach afp)

Betriebsarbeiter und Erwerbslose

Gemeinsamkeit der Interessen verlangt Zusammenarbeit

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die Vollbeschäftigung, d. h. alle Werktätigen sollen die Möglichkeit erhalten, durch Arbeit ihre Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Die Forderung des DGB ist besonders gerichtet an das Bundesparlament und an die Bundesregierung. Wie notwendig diese Forderung ist, zeigt die ständig wachsende Erwerbslosenarmee, die allein im Monat November um 71 000 zugenommen hat.

Die Gewerkschaftler sind sich darüber klar, daß bei der reaktionären Politik der Adenauer und Erhard in Westdeutschland mit der bloßen Aufstellung ihrer Forderung, die Vollbeschäftigung nicht erreicht werden kann. Die Erwerbslosen wieder in den Betrieb zurückzubringen, ist eine Frage des unermüdbaren und hartnäckigen Kampfes um den Arbeitsplatz. Die Gewerkschaftler wissen, daß das Bestehen einer Erwerbslosenarmee eine ständige Gefahr bildet für den Lebensstandard der Werktätigen. Deshalb darf der Deutsche Gewerkschaftsbund die Erwerbslosen nicht ihrem Schicksal überlassen.

räte die erwerbslosen Kollegen, die aus ihren Betrieben entlassen wurden, in regelmäßigen Abständen zusammenziehen, um die speziellen Fragen der Erwerbslosen zu diskutieren. Für die großen Betriebe oder für eine Gruppe von kleineren Betrieben sollte dann ein Erwerbslosenausschuß gewählt werden mit der Aufgabe, alle Fragen der erwerbslosen Kollegen zu klären und die Wünsche der Erwerbslosen bei den einzelnen Behördenstellen vorzutragen und zu verteidigen. Die für die erwerbslosen Kollegen verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre müssen in enger Zusammenarbeit mit den Industriegewerkschaftsleitungen, den Kreisausschüssen des DGB, in gewerkschaftlicher Verbundenheit die Wünsche der Erwerbslosen vertreten. Die Gewerkschaft muß dafür Sorge tragen, daß bei Notstandarbeiten der Kommunen oder anderen Arbeiten Tariflöhne gezahlt und die tariflichen Bedingungen beachtet werden.

Es ist notwendig, daß die bisherige In-

teressenlosigkeit an dem Schicksal der 1,7 Millionen Erwerbslosen beseitigt wird. Die Gewerkschaften führen einen Kampf um die Verbesserung der Lebensverhältnisse der schaffenden Menschen. Sie kämpfen um höheren Lohn aber auch um höhere Unterstützung und bessere Renten. Die Erwerbslosen spielen hierbei eine wichtige Rolle. Die Unternehmer versuchen aus den Reihen der Erwerbslosen Streikbrecher zu züchten. Deshalb muß sich der Gewerkschaftsfunktionär mehr als bisher um die Erwerbslosen kümmern. Es gilt die Einheit zwischen Betriebsbelegschaften und Erwerbslosen herzustellen, um dadurch die Reaktion eine wichtige Waffe aus der Hand zu schlagen. Der Kampf für die Erhöhung der Unterstützungssätze der Erwerbslosen und die Schaffung der organisatorischen Einheit der erwerbslosen mit den betriebstätigen Kollegen ist gleichzeitig ein Kampf für die Hebung des Lebensstandards und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Werktätigen.

Spiel mit Goebbels Zahlen

Phantastische Berichte der Bonner Regierung über Heimkehrer

Düsseldorf. (Eig. Ber.) Zu gleicher Zeit, in der monatlich 60 000 bis 80 000 ehemalige Kriegsgefangene aus der Sowjetunion nach Deutschland heimkehren, wird von der westdeutschen Separat-Regierung eine wüste Hetzkampagne gegen die Sowjetunion betrieben, die nur ein Ziel haben kann: Die Angehörigen von ehemaligen Wehrmachtssoldaten, deren Tod von Hitlers Propagandaapparat verschwiegen wurde, sollen weiter beunruhigt werden.

Anlaß zu dieser systematischen Kampagne gab jetzt wiederum eine Pressekonferenz von Pfarrer Merten, Leiter der Abteilung für Kriegsgefangene, Vermisste und Heimkehrer im sogenannten „Bundesflüchtlingsministerium.“ Die „Rheinische Post“ meldet, Pfarrer Merten habe gesagt, 500 000 Kriegsgefangene befänden sich noch in der Sowjetunion; die „Düsseldorfer Nachrichten“ berichten von der gleichen Pressekonferenz, der Pfarrer habe diese Zahl mit 400 000 an-

gegeben. Um 100 000 Menschen scheinen sich weder diese Zeitungen, noch Herr Merten Gedanken zu machen.

Zu diesen phantastischen Zahlen kommt man, wenn man die Gefallenen-Listen der Hitler-Regierung für bare Münze nimmt. Die amerikanische Armee stellte jedoch bei ihrem Einmarsch in Thüringen im April 1945 ein Kartholik-Material des OKWs in Meiningen sicher, aus dem einwandfrei hervorgeht, daß Hitler dem deutschen Volk allein bis zum November 1944 (als uns das Aergste also noch bevorstand) die ungeheure Zahl von 1,5 Millionen Toten vorzuenthielt. Die amerikanische Armee hat dieses Material bis heute noch nicht freigegeben, wie es kürzlich ein Antrag der KPD im Bundestag verlangte. Die Freigabe dieses Materials würde alle Hetzmeldungen der Bonner Regierung über angebliche Kriegsgefangenenzahlen als politisches Spiel mit den Hoffnungen der Angehörigen entlarven.

Kanonenfutter für den Westen

Der große Propagandafeldzug der Finanziere, Industrieherrn und Militärs

„Seit Monaten ist die Öffentlichkeit von Äußerungen gewisser Politiker und Militärs voll, in denen die Frage einer Remilitarisierung Deutschlands behandelt wird. ... Es ist klar, daß alle diese Äußerungen Teil eines großen Propaganda-Feldzuges sind, der die Deutschen allmählich mit der Aufgabe vertraut machen soll, militärisches Bollwerk gegen den Osten zu werden.“

Die heftig ablehnende Reaktion breiterer deutscher Volksschichten hat offenbar werden lassen, daß die „Diskussion“ darüber zu früh und mit unzureichenden Mitteln gestartet worden ist.

Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß man eines Tages versuchen wird, uns zu „überfahren“. Man erinnert sich, daß alle diese Vorläufe in der Remilitarisierungsfrage ihre größte Stärke erreichten, als bekannt wurde, daß auch Rußland über die Atombombe verfüge. Damit war es fraglich geworden, ob ein künftiger Krieg mit Rußland durch Luftwaffe und Atombombe gewonnen werden könne. Es bedeutete gleichzeitig, daß den konventionellen Waffen und den Stärkeverhältnissen zu Lande wieder größere Bedeutung zukommt. Auf diesem Gebiet aber sind die Anglo-Amerikaner den Russen unterlegen. Was ihnen fehlt, ist eine Infanterie. ... So kam man auf die Deutschen ...

Im deutschen Interesse aber liegt einzig und allein, alles zu verhindern, was den Ausbruch eines neuen Krieges, der für uns in jedem Falle zu einer Katastrophe werden würde, beschleunigen könnte. ...

Wenn das so ist: wie ist es dann möglich,

daß ... eine Gruppe die auf die Politik des Bundeskanzlers Adenauer Einfluß auszuüben scheint, — als Förderer der Remilitarisierungskreise auftritt? Es handelt sich um einen kleinen Kreis norddeutscher Finanziere und Industrieller, denen die innenpolitische Lage in Deutschland nicht stabil genug erscheint. Sie fürchten vielleicht, daß die Unzufriedenheit großer Volksteile in Deutschland eines Tages ihre Herrschaft erschüttern könnte, und sie sehen sich deshalb nach innenpolitischen Verbindungen um. Diese haben sie seit jeher unter einer gewissen Schicht deutscher Militärs gefunden.

Das Wort „Kanonenfutter“ klingt uns noch in den Ohren. ... Wenn man uns sagt, daß wir als Preis für die Aufnahme in die „Westeuropäische Gemeinschaft“ eben auch unseren „militärischen Beitrag“ leisten müssen, so kann die deutsche Jugend und das deutsche Volk nur antworten: wir verzichten darauf, wenn wir nur als Kanonenfutter dienen sollen.“

„Stuttgarter Zeitung“

Gründe gegen die Remilitarisierung

Man sollte die weitgehende Übereinstimmung der europäischen Anschauungen mit den früheren Nazi-Meinungen beachten und man sollte sich Gedanken machen über eine Äußerung, die der „Figaro“ dem CDU-Minister Gericke zuschreibt, der sagte, daß die „großen Ideen des Nationalsozialismus“ heute „zum Wohle Europas“ angewendet werden könnten.“

„Manchester Guardian“



Um Leben und Tod der Partei

Die Feinde des Sozialismus suchten zuerst die Krankheit und dann den Tod Lenins auszunutzen, um die Partei vom Leninschen Wege abzubringen und damit die Bedingungen für die Wiederherstellung des Kapitalismus in unserem Lande zu schaffen. Besonders heftig wurde die Partei von Trotzki, dem Erzfeind des Leninismus, und seinen Handlangern angegriffen. Die Trotzkiisten zwangen der Partei eine neue Diskussion auf. Der Kampf trug erbitterten Charakter. Stalin deckte das politische Wesen der Vorstöße der Trotzkiisten auf und zeigte, daß es um Leben und Tod der Partei geht; er schweißte die Parteikader zusammen und organisierte die Vernichtung des Trotzkiismus.

Verurteilung der Trotzkiisten

Im Januar 1924 trat die XIII. Parteikonferenz zusammen. Sie nahm den Bericht Stalins entgegen, der die Ergebnisse der Diskussion zusammenfaßte. Die Trotzkiisten wurden von der Konferenz scharf verurteilt. Die Beschlüsse der Konferenz wurden vom XIII. Parteitag (Mai 1924) und vom V. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale (Sommer 1924) gebilligt.

Im Kampfe gegen den Trotzkiismus wies Stalin in dieser Periode darauf hin, daß die Aufgabe der Partei darin besteht, den Trotzkiismus als ideologische Strömung zu begrä-

ben. Er verwies die Partei darauf, daß unter den damaligen Bedingungen der Trotzkiismus die Hauptgefahr war.

Die Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus

„Im gegebenen Moment“, sagte Stalin, „nach dem Siege der Oktoberrevolution, unter den gegenwärtigen Bedingungen der NÖP, muß der Trotzkiismus als die größte Gefahr angesehen werden, denn er sucht Unglauben an die Kräfte unserer Revolution, Unglauben an das Bündnis der Arbeiter und Bauern zu verbreiten, Unglauben an das Werk der Verwandlung des Rußland der NÖP in ein sozialistisches Rußland.“

Stalin wies nach, daß die ideologische Zerschlagung des Trotzkiismus eine notwendige Voraussetzung ist, um den weiteren siegreichen Vormarsch zum Sozialismus zu sichern. Stalin sagte:

„Ohne den Trotzkiismus zu zerschlagen, kann man unter den Bedingungen der NÖP nicht den Sieg erringen, kann man nicht die Verwandlung des heutigen Rußland in ein sozialistisches Rußland erreichen.“

In den Kämpfen gegen den Trotzkiismus schloß Stalin die Partei um ihr Zentralkomitee zusammen und mobilisierte sie zum weiteren Kampf für den Sieg des Sozialismus in unserem Lande.

Eine geniale wissenschaftliche Arbeit

Von außerordentlich großer Bedeutung für die ideologische Zerschlagung des Trotzkiismus, für die Verteidigung, Begründung und Entwicklung des Leninismus war Stalins theoretisches Werk „Über die Grundlagen des Leninismus“, das im Jahre 1924 erschien. Dieses Werk ist eine meisterhafte Darlegung und eine bündige theoretische Begründung des Leninismus. Es wappnete damals und wappnet heute die Bolschewiki in der ganzen Welt mit der scharfen Waffe der marxistisch-leninistischen Theorie.

In dieser genialen Arbeit werden die Grundlagen des Leninismus dargelegt, d. h. jenes Neue und Besondere, daß mit dem Namen Lenins verbunden ist und das Lenin zur Entwicklung der marxistischen Theorie beigetragen hat. Die Tatsache allein, daß eine solche Verallgemeinerung der Fragen des Leninismus gegeben wurde, daß der gesamte Ideengehalt des Leninismus Erbes zusammengefaßt und unter dem Gesichtswinkel der neuen historischen Epoche betrachtet wurde, bedeute einen gigantischen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Wissenschaft des Marxismus-Leninismus. Alle Fragen der Leninschen Lehre wurden in diesem Werk auf eine gewaltige prinzipielle Höhe gehoben. Stalin gibt in seinem Werk die klassische Definition des Leninismus. Stalin zeigt, wie Lenin den Marxismus unter den Verhältnissen der neuen Epoche, der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolutionen weiterentwickelte.

Perspektiven des Aufbaus

Die Arbeit zur Wiederherstellung der Volkswirtschaft härtete sich ihrem Abschluß. Die

internationale und die innere Lage der Sowjetunion hatte sich verändert. In den kapitalistischen Ländern war eine zeitweilige Ebbe der Revolution, eine zeitweilige, teilweise Stabilisierung des Kapitalismus eingetreten. In der Sowjetunion war das Vorkriegsniveau der Wirtschaft erreicht. Es war notwendig, weiter voranzuschreiten. In aller Schärfe erhob sich die Frage nach den Perspektiven unseres Aufbaus, nach dem Schicksal des Sozialismus in der Sowjetunion.

Mit genialem Weitblick bestimmte Stalin die Perspektive und die konkreten Wege der weiteren Entwicklung der Revolution.

Weiter auf dem Wege Lenins

„Ich wünsche den Arbeitern der „Dynamowerke“ schrieb er, „ebenso wie den Arbeitern ganz Rußlands, daß es mit der Industrie bergauf gehe, daß die Zahl der Proletarier Rußlands in der nächsten Zeit auf 20 bis 30 Millionen ansteige, daß die kollektive Wirtschaft im Dorfe aufblühe und die private Wirtschaft ihrem Einfluß unterordne, daß die hochentwickelte Industrie und die kollektive Wirtschaft im Dorfe die Proletarier der Fabriken und die Werktätigen der Aecker endgültig zu einer einheitlichen sozialistischen Armee zusammenschließe, daß der Sieg in Rußland durch den Sieg in der ganzen Welt gekrönt werde.“

Durch seine theoretische Verallgemeinerung der Erfahrungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, der Erfahrungen der ersten Jahre des sozialistischen Aufbaus in kapitalistischer Umwelt verfocht Stalin die Leninsche Lehre vom Siege des Sozialismus in einem Lande und entwickelte sie weiter. (Fortsetzung folgt)

Affaire

BLUM

ROMAN VON R. A. STEMMLE

Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

33. Fortsetzung

Lange vor Beginn der Sitzung warteten die Besitzer von Einlaßkarten vor dem Gebäude. Viele Hunderte versuchten, noch im letzten Augenblick Einlaß zu bekommen, was ihnen aber nicht gelang. Im Saale selbst hatten an langen Tischen etwa 60 Vertreter der Presse aus allen Teilen des Reiches Platz genommen. Vor der Anklagebank stand eine Staffelei mit einer Tafel, auf der der Plan des Mordhauses in Klein-Helgendorf mit der Einrichtung der einzelnen Zimmer aufgezeichnet ist.

Auf dem Schreibtisch lagen die schauerlichen Asservate dieses Mordprozesses. Ebenso in einem Reisekorb unter dem Gerichtstisch.

Während auf der Straße der Andrang des Publikums immer stärker wurde, nahm Schutzpolizei im Saale noch einmal eine scharfe Kontrolle vor. Dann wurde der Eingang zum Zuhörerraum freigegeben, der in wenigen Augenblicken überfüllt war. Auf der hinteren Geschworenbank saßen die Behördenvertreter, Oberregierungsräte vom Preußischen Ministerium des Innern, vom Oberpräsidium der Polizeipräsident und der Regierungspräsident Wilschinsky, dessen Name in dieser Affaire schon vorher in verschiedener Beleuchtung erschien, und dem eigentlich zu danken ist, daß nach den Wirrnissen und politischem Ränkespiel der wahre Täter jetzt vor seinen Richtern steht. Zeichner und Photoreporter haben es besonders auf ihn und auf den Fabrikanten Dr. Blum, der schon auf dem Gang des Gerichtes ihr Opfer wurde, abgesehen.

Die Sachverständigen sitzen vor der Geschworenbank. Es sind dies Prof. Dr. Hilz, Braunschweig, und Dr. Arnelang, Halle, der Psychiater Dr. Wallrab, Berlin,

und der Sachverständige Haupt aus Stuttgart.

Die Zahl der Zeugen beträgt vorläufig achtzehn, darunter die Braut Gablers, Christina Burmann, ein schön zu nennendes, blondes Mädchen, sein Freund Fischer, die Schwester des Ermordeten, die Frau eines Waffenhändlers.

Um 9.30 Uhr erschienen die Geschworenen, ein Bürgermeister, Fabrikbesitzer, Friseur, Dipl.-Ingenieur, Bankbeamter, Glasermeister und Büroassistent, im Saal. Unmittelbar darauf wurde Gabler vorgeführt. Er wurde an den Händen gefesselt von zwei Gefängnisbeamten zum Gericht transportiert, wo ihn sein Verteidiger erwartete. Als er auf dem Gang zwei Schutzbeamten übergeben wurde, sagte er zynisch lächelnd: „Na, nun kann das Schützenfest losgehen.“

Lächelnd, wenn auch zunächst angesichts der auf ihn starrenden Augen etwas verlegen, betrat er auch die Anklagebank, wo er zwischen zwei Schubobeamten Platz nahm. Auf Anordnung des Vorsitzenden blieb Gabler während der ganzen Verhandlung gefesselt. Interessiert musterte er den Saal und das Publikum, ab und zu einige Worte mit seinem Verteidiger wechselnd.

Um 9.45 Uhr erschien der Gerichtshof. Um 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende die Verhandlung mit einer ersten Ansprache an die Geschworenen:

„Seit längerer Zeit beschäftigt dieser Fall mit seinen vielen Verwicklungen und Zwischenfällen auf bewegtem politischen Hintergrund die Öffentlichkeit in außerordentlich hohem Maße. Das ist verwunderlich; denn es handelt sich hier um eine Straftat, die nicht politischem Boden entsprossen ist, sondern um ein Verbrechen, um ein Kapitalverbrechen zwar, das aber ohne die besonderen Umstände das Interesse der Öffentlichkeit nicht in einem solchen erheblichen Maße erregt hätte. Sie, meine Herren Geschworenen, müssen beim Eintritt in den Saal alles vergessen, was Sie bisher darüber gehört oder gelesen haben. Sie müssen Ihre persönlichen Gefühle restlos ausschalten; denn das möchte ich ganz besonders betonen: dieser Saal hier, der der Gerechtigkeit geweiht ist,

wird und soll ihr auch stets geweiht bleiben. Der Richter hat über Schuld und Unschuld, über Tod und Leben des Angeklagten zu entscheiden.

Der ist nimmermehr ein wahrer Richter, der nicht durch die Lupe der Objektivität, die eine selbstverständliche Pflicht des Richters ist, die Dinge sieht! Der objektive Richter muß alles in Betracht ziehen — unbeeinflusst von den Parteien Haß und Hader, fern von persönlicher Zu- und Abneigung —, nicht nur das, was den Angeklagten belastet, sondern auch das, was zugunsten des Angeklagten spricht. Das Staatsinteresse aber stellt das Postulat auf daß jede Tat ihre Sühne findet.“

Nach dem üblichen Zeugnisauftrag begann dann das Verhör des Angeklagten...

Dr. Blum legt das „8-Uhr-Abendblatt“ fort und greift nach einer der vielen anderen Zeitungen, die neben ihm liegen, und die alle auf den ersten Seiten die Prozeßberichte bringen. Er sitzt im Salon und blättert, liest jetzt gedruckt, was er in der Verhandlung hörte, überfliegt die Gedanken und Bemerkungen berühmter Gerichtsberichterstatter und betrachtet sein Bild neben Gablers Konferlei.

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung“: Der zweite Verhandlungstag. Blum völlig rehabilitiert. Kommissar Bonte: „Das war einer meiner einfachsten Fälle! Ein Verlockungsmord wie viele andere!“ Die Mörderbraut vor den Geschworenen. Konrads und Schwerdtfegers Vernehmungstaktik.

Die fast fünfständige Vernehmung des Angeklagten wurde heute fortgesetzt. Die Aussagen der Burmann beweisen eindeutig ihre Mitwisserschaft. Wenn angesichts dieser Sachlage Christina Burmann nicht neben Gabler auf der Anklagebank sitzt, so offenbar deshalb, weil Christina Burmann nach Auffassung des Gerichtes in einer Art Hörigkeit zu Gabler steht. Ein Sachverständiger fragt sie, ob sie sich denn nicht wundert, so dem Einfluß Gablers unterlegen zu sein. Und sie antwortet, was auch ein dümmeres Mädchen auf eine so dumme Frage antworten müßte: Ja, sie wundere sich. Sie sagt, sie fühle sich auch heute nicht mehr als seine

Braut, und der Einfluß Gablers dauere nicht mehr fort.

Dr. Blum blättert. Die „Volksstimme“ bringt Auszüge aus dem stenographischen Bericht des Verhörs:

Vors.: „Ist Dr. Blum oder Bremer oder sonst wer an der Tötung Platzers beteiligt gewesen?“

Angekl.: „Nein, ich habe die Mordtat ganz allein verübt, es war niemand daran beteiligt.“

Vors.: „Hat jemand mit Ihnen oder haben Sie vorher mit jemandem darüber gesprochen?“

Angekl.: „Nein.“

Vors.: „Hat Sie irgend jemand von den Beamten oder von der Polizei beeinflusst, heute Ihre Aussagen so zu machen, wie Sie sie gemacht haben?“

Angekl.: „Nein. Ich bleibe dabei: Niemand hat mich zu dem Mord angestiftet, niemand hat mir dabei geholfen. Wenn die Polizei und die Richter zunächst eine falsche Fährte verfolgten, so darf die Objektivität dieser Beamten nicht bezweifelt werden; denn sie glaubten zweifellos an das, was sie festgestellt haben.“

Dr. Blum liest, was Sling in der „Vossischen Zeitung“ schreibt: Gabler hat schon einen großen Zug. Ihm kommt es nicht darauf an, die Wahrheit zu sagen, einen Mord einzugestehen. Aber er bewahrt seine Sympathie den Männern, die drauf und dran waren, ihn vor dem Schafot zu retten. Er bietet das groteske Bild eines Mörders, der sich zum moralischen Beurteiler und Verteidiger seines Untersuchungsrichters und seines Kriminalkommissars aufwirft. Er versieht das untadelige Vorgehen der Herren Konrad und Schwerdtfeger gegen sich mit der Note Ia. — Ein in der gesamten Rechtspflege einmaliges Schauspiel!

Blum läßt die Zeitung sinken. Seine Frau deckt im Abendzimmer mit dem neuen Mädchen den Abendbrottisch. Sie schaut in den Salon hinüber. Wenn er doch die Zeitungen endlich fortlegen wollte! Aber Jakob nimmt schon wieder eine neue. Die letzte Abendausgabe. Er liest den Leitartikel mit der Überschrift:

Die Tragödie Platzer-Gabler ist zu Ende. Die letzten Worte des Schwurgerichtsvorsitzenden nach Verkündung des Spruches:

„Verurteilt zum Tode wegen Mordes in Tateinheit mit schwerem Raub“

bilden den Schlussstrich unter das bürgerliche Leben eines jungen Menschen, der dem Kampf ums Dasein nicht gewachsen war und glaubte, sich dadurch am Leben erhalten zu können, daß er einen anderen Menschen vernichtete.

Aber — hat es sich bei dieser Mordsache um einen Mörder und einen Ermordeten gehandelt?

Ein wilder, aufregender Kampf tobte lange in der Öffentlichkeit gerade in dieser Mordsache, obwohl doch Morde in unserer Zeit keine Seltenheit sind. Mit Recht war das ganze deutsche Volk in Aufregung; denn es wurde an dem Fundament der menschlichen Gesellschaft, am gültigen Rechte gerüttelt. Nicht nur Platzer war ermordet worden, sondern gleichzeitig wurden zwei unbescholtene Menschen ihrer Freiheit beraubt und standen in Gefahr, von einer unbekannteren Macht zermalmt zu werden. Große Anstrengungen waren nötig, um zwei unschuldigen Menschen vor einem schrecklichen Schicksal, das beinahe ebenso grauenhaft war, wie das der ermordeten Platzer, zu bewahren, und erst durch Aufbietung der Macht höchster Regierstellen und unbefangener, kriminalistischer Findigkeit war es möglich, sie diesem Schicksal zu entreißen.

In einer Gesellschaft, wo so etwas möglich ist, kann nicht alles in Ordnung sein, ein Recht, das sich so benutzen läßt, ohne offensichtlich mißbraucht worden zu sein, hat seine Mängel, eine Justiz, die da nicht Sühne zu schaffen vermag, ist schadhaf, und eine lückenhafte Justiz gefährdet die Gesellschaft, gefährdet den Bestand des Staates, der dann der Anarchie verfallen muß, wenn er begangenes Unrecht nicht sühnen kann, und wenn er Frevel am Fundament des Staates, am Rechte, nicht zu enttullen imstande ist.

Aus dem EZzimmer erklingt Grammophonmusik. Eine Elektra, Tschalkowsky. Sabine Blum zündet auf dem gedeckten Tisch die Kerzen an.

Auch eine „Etatberatung“

Die primärste Voraussetzung für eine Etatberatung in einem Ausschuss ist doch die, daß jedes einzelne Mitglied derselben einen gedruckten Haushaltsplan vor sich liegen hat, wenn es in der Lage sein soll, die einzelnen Posten zu prüfen und zu beraten — das sollte man doch meinen. Tagte da am Mittwoch der Wohlfahrtsausschuß, der den Etat des Städt. Wohlfahrtsamtes zu beraten hatte, und als der Leiter des Wohlfahrtsamtes im Schnelltempo die Etatposten herunterlas, mußten die Stadträte mittlerweile feststellen, daß man es versäumt hatte, ihnen den Haushaltsplan vorher auszuhändigen. Mehr noch, es stellte sich heraus, daß nur drei Exemplare vorhanden waren, die aber von den Verwaltungsorganen gebraucht wurden.

Der Ausschuss beschloß daher, nicht ohne Humor, sich zu vertagen, bis jedem genaue Unterlagen vorliegen würden. Der Presse wurde erklärt, der vorgelesene Etat sei noch nicht endgültig, weshalb sie davon Abstand nehmen möchte, die Zahlen zu veröffentlichen. Damit hatte die bisher kürzeste Etatberatung in Mannheim ihr Ende gefunden.

Waggonfabrik „Fuchs“ bis Januar Aufträge

Heidelberg. Die Weiterbeschäftigung der Arbeiter der Waggonfabrik „Fuchs“ in Heidelberg sei durch die Gewährung eines Kredits aus Mitteln des Arbeitslosenstocks vorerst bis Januar 1950 gesichert. Man hoffe danach für weitere vier Monate Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen — wurde auf einer Pressekonferenz des Wirtschaftsministeriums mitgeteilt. Jedoch seien Verhandlungen über Gewährung eines 2 Millionen-Kredits für Schlafwagenlieferung an die Mitropa ins Stocken geraten.

Nationaltheater Mannheim

Am Freitag, den 16. Dezember 1949, 19.30 Uhr, findet, wie bereits angekündigt, die Uraufführung des nachgelassenen Schauspiels von Georg Kaiser „Das Opfer der Agnete“ (Agnete) im Nationaltheater Mannheim statt.

Wohnungen in J 3

In dem neu erstellten Wohnblock in J 3 stehen 130 Wohnungen vor ihrer Vollendung. Die Zuteilung dieser Wohnungen wird in den nächsten Wochen erfolgen.

Im Hinblick darauf werden die Wohnungsuchenden, welche sich für eine Wohnung in diesem Block interessieren, gebeten, möglichst bald bei der Wohnungsbaukasse (A 1, 2-3) vorzusprechen und sich zu vergewissern, daß die Bewerbungsunterlagen vollständig vorhanden sind und u. U. auf den neuesten Stand ergänzt werden.

Versammlungen der KPD Mannheim

Sondermitgliederversammlungen mit dem Thema: „Die Bedeutung der Persönlichkeit Stalins für die sozialistische Bewegung“, finden statt:

- Luzenberg: fällt aus.
Neckarstadt West: Freitag, 16. Dezember, 19.30 Uhr, Lokal „Goldne Schlange“. Referent: R. Hofmann.
Waldhof: Freitag, 16. Dezember, 20 Uhr, Lokal „Rheinthal“. Referent: B. Stark.
Fendenheim: Samstag, 17. Dezember, 20 Uhr, Lokal „Wartburg“. Ref.: Fritz Kamp.
Schönauiedlung: Sonntag, 18. Dezember, 19 Uhr, im Lokal „Erny“. Ref.: Kurt Weber.
Landkreis:
Weinheim: Freitag, 16. Dezember, 20 Uhr, „Altes Rathaus“ (Gewerkschaftssaal). Referent: Walter Ebert.
Brühl: Samstag, 17. Dezember, 19 Uhr, Lokal „Adler“. Referent: R. Hofmann.
Achtung! Die im Arbeitsplan Dezember für Freitag, den 16. Dezember 1949, angesetzte Sitzung für Werbung und Schulung fällt aus. Neuer Termin wird bekanntgegeben.

Meine Meinung

Die unter dieser Rubrik veröffentlichten Einwendungen unserer Leser decken sich nicht in jedem Falle mit der Auffassung der Redaktion

Vergessenes Versprechen

Vor zwei Monaten versprach Beigeordneter Dr. Gutekunst den Heimkehrern auf einer Versammlung, daß er sich dafür einsetzen werde, daß die Stadtverwaltung keine Gebühren mehr für die Neuausstellung irgendwelcher Dokumente (Führerschein, Kennkarte, Geburtschein usw.) von den Heimkehrern erheben werde.

Bis heute jedoch ist noch nicht bekannt, daß das Versprechen des Herrn Dr. Gutekunst Wirklichkeit geworden ist. Vielleicht ist es verständlich, wenn man bedenkt, daß bei monatlich eintreffenden 200 Heimkehrern in Karlsruhe die Stadtkasse immerhin einen Betrag von 1000 bis 2000 DM vereinnahmen kann. Darum schlagen die Heimkehrer vor: Wartet noch ein Weilchen mit dem Gebührenersatz für Heimkehrer bis monatlich nur noch zehn Heimkehrer eintreffen, dann beträgt der Ausfall von städtischen Einnahmen nur noch 100 bis 200 DM.

Mir scheint, daß die Stadtverwaltung nach dem Buch Sirach, Kapitel 13, Vers 5, handelt, in dem es heißt: „So lange Du ihm nützlich bist, braucht er Dich, aber wenn Du nicht mehr kannst, so läßt er Dich fahren.“ Ein Heimkehrer - Karlsruhe

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

- Stadtteil Innen Ost-Ost. Feierstunde zum 70. Geburtstag des Genossen Josef Stalin am Freitag, den 16. Dezember 1949, um 19.30 Uhr, in der „Granate“.
Stadtteil Süd. Feierstunde zum 70. Geburtstag des Genossen Josef Stalin am Freitag, den 16. Dezember 1949, um 20 Uhr, im „Auerhahn“.

Neuer Angriff gegen die Rechte der Betriebsräte

Fraktion der DVP im Landtag verlangt Suspendierung wichtiger Bestimmungen

Neuer Angriff gegen die Rechte der Betriebsräte. In der Sitzung des Württemberg-Badischen Landtags am vergangenen Mittwoch, der letzten Sitzung des Landes-Parlaments in diesem Jahre, richtete die Fraktion der DVP an die Regierung eine Anfrage über das Mitbestimmungsrecht in Württemberg-Baden. Diese Anfrage stellt die Rechtsgültigkeit der von der Regierung am 21. September 1949 erlassenen Verordnung Nr. 741 zur Durchführung des Gesetzes 726 in Frage, da die Landesregierung nach Art. 125 und 129 des Grundgesetzes nicht mehr leifagt sei, das Gesetz im Landesmaßstab in Kraft zu setzen. Aber darin erschöpfte sich die Argumentation des Sprechers der DVP nicht. Abgeordneter Hauß-

mann, der die Anfrage begründete, sowie auch der zweite Sprecher der DVP, Dr. Keßler, erklärten, daß die Durchführungsbestimmungen der Landesregierung in einer ganzen Reihe von Punkten über den Rahmen des Gesetzes Nr. 726 hinausgingen.

Die Fraktion der DVP hatte zugleich einen Antrag eingebracht, der von der Regierung verlangte, daß wesentliche Bestimmungen des Durchführungsgesetzes suspendiert werden. Der Abgeordnete Haußmann sprach davon, daß die Durchführung des Mitbestimmungsrechtes in den Betrieben unseres Landes „großen Schaden“ angestellt habe und daß man verhindern müsse, daß dieser Schaden noch größer werde; er gebrauchte die Redewen-

dung von der „Diktatur der Betriebsräte“ und meinte, das Mitbestimmungsrecht berge die Gefahr der „Bolschewisierung der Industrie“ in sich.

Nachdem Ministerialdirektor David Stetter vom Arbeitsministerium die Behauptung widerlegt hatte, daß der Erlaß der Durchführungsbestimmungen der Bundesgesetzgebung widerspreche, ergriffen die Abgeordneten Wilhelm Kleinknecht und der ehemalige Arbeitsminister Rudolf Kohl das Wort, um den Standpunkt der Arbeiterschaft und der Gewerkschaften zu vertreten. Kleinknecht erklärte, daß die Gewerkschaften nicht tatenlos zusehen würden, wenn man versuche, die mühsam erworbenen Rechte der Arbeitnehmer wieder beseitigen zu lassen. Rudolf Kohl zeigte für die kommunistische Fraktion die Hintergründe des Vorstoßes der Fraktion der DVP gegen das württemberg-badische Gesetz zur Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf. Er sagte, daß es den Antragstellern nicht darum gehe, die Zulässigkeit der Landesregierung gegenüber der Bundesgesetzgebung klarzustellen und nicht um einige Artikel des Gesetzes, sondern darum, jeglicher Einschränkung der politischen Macht der Großunternehmer vorzubeugen. Die Arbeiterschaft habe alle Veranlassung, die bis jetzt erlassenen Landesgesetze fest zu verankern und zu verteidigen, da das von der Adenauer-Regierung zur Zeit vorbereitete Gesetz über Mitbestimmung rückständiger sein werde als das Betriebsrätegesetz vom Jahre 1920. Die Zusammensetzung der Regierung sowie die Zusammensetzung des Bundestages gebe dafür dem Unternehmertum die Gewähr.

Es ist fürwahr kein Zufall, daß gerade in diesem Zeitpunkt der Angriff der Partei der Deutschen Interessen im Württemberg-Badischen Landtag auf das Landesgesetz erfolgt. Ihnen geht es darum, die Handhabe zu schaffen, um die in den einzelnen Betrieben Württemberg-Badens bereits erkannten konkreten Rechte der Arbeiterschaft wieder abzubauen angesichts der Vorbereitung eines Gesetzes im Bundesmaßstab, das nur eine Farce dessen sein wird, was das schaffende Volk unter Mitbestimmung in den Betrieben versteht. Der Antrag der DVP im Landtag wurde zwar abgelehnt. Aber trotzdem bleibt er ein Alarmzeichen für die Arbeiterschaft und für die Gewerkschaften. Ein Zeichen, sich auf neue Angriffe vorzubereiten und gegenüber dem kommenden reaktionären Bundesgesetz mit allen Mitteln die Rechte zu verteidigen, die die Arbeiterschaft in Württemberg-Baden in zähem Kampfe bisher in den einzelnen Betrieben den Unternehmern abgerungen hat. Zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt.

Zu lebenslänglich Zuchthaus verurteilt

Urteil im Prozeß gegen den Henker von Minsk

Am Donnerstagvormittag um 10.10 Uhr verkündete der Vorsitzende des Schwurgerichts Karlsruhe das Urteil gegen den Kriminalsekretär Adolf Rube wegen Mordes und 26-fachen Totschlags. Rube wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus, ferner zu 15 Jahren Zuchthaus und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Bezeichnenderweise nahm der Angeklagte, der, wie die Zeugenaussagen während des Verlaufs des Prozesses einwandfrei bewiesen, weit mehr Morde auf dem Gewissen hat, als das Gericht berücksichtigte, die Urteilsverkündung in vollkommener Ruhe auf.

Wir werden in unserer morgigen Nummer über den Verlauf des letzten Verhandlungstages berichten.

Weinheimer Frauen gegen Kriegsvorbereitung

Weinheim. Die hiesige Ortsgruppe der „Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit“ hat beschlossen, dem Bundestag in Bonn eine Resolution zuzusenden, um ihre Gegnerschaft gegen alle Versuche der Remilitarisierung und Kriegsvorbereitung in Westdeutschland zu demonstrieren. Die Resolution der Weinheimer Frauen hat folgenden Wortlaut:

„Die in der Gruppe Weinheim der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit zusammengeschlossenen Frauen protestieren nachdrücklich nicht nur gegen jegliche Remilitarisierung Deutschlands — sei es durch die Aufstellung bewaffneter Einheiten, sei es durch die Herstellung von Kriegsmaterial — sondern auch gegen jeden Versuch, die Mentalität der Bevölkerung dahingehend zu beeinflussen, daß ihr ein Krieg unvermeidbar erscheinen muß. Wir erwarten von den Politikern des 20. Jahrhunderts, daß sie endlich die Konsequenzen aus den Lehren der Vergangenheit ziehen und menschenwürdige Methoden zur Beilegung von Konflikten finden.“

Tragischer Unfall eines Kriegsbeschädigten

Polizeibericht Mannheim

Tragisches Unglück eines Kriegsbeschädigten. Auf der infolge des niedergegangenen Nebels naß und schlüpfrig gewordenen Straße beim Neckarauer Uebergang kam ein Personwagen ins Schleudern, wobei er auf die linke Fahrseite kam und mit einem aus der entgegengesetzten Richtung kommenden Kraftdreirad (Krankenfahrstuhl) zusammenstieß. Ein im Krankenfahrstuhl sitzender Kriegsbeschädigter erlitt am Kopf eine Platzwunde und anscheinend innere Verletzungen.

des Häuschens gelangt war, wurden alle erreichbaren Warenbestände im Werte von rund 1000 DM zusammengerafft und mitgenommen.

Bedenkenlos weiterverkauft

Nur 350 DM wollte eine Frau in einem hiesigen Automaten für einen nagelneuen Pelzmantel haben, wobei sie sich noch großzügig zeigte und dem Vermittler eine Provision von 100 DM bezahlen wollte. Dieses günstige Angebot machte die Frau, obwohl sie den Pelzmantel kurz zuvor in einem Pelzgeschäft zu 450 DM gekauft und erst 80 DM anbezahlt hatte. Der Pelzmantel konnte dem richtigen Eigentümer wieder zurückgegeben werden.

Selbstersteller von Butter- und Zuckermarken

Butter und Zucker ist heute noch knapp und so kam ein Mechaniker auf dem Waldhof auf den Gedanken, Butter- und Zuckermarken selbst herzustellen und diese über Mittelpersonen in den Verkehr zu bringen. Die gegen die falschen Marken aufgekauften Butter wurde ebenso wie der Zucker zu hohen Preisen weiterverkauft. Dadurch hatte man einen hübschen Nebenverdienst. Der Mann wurde verhaftet und ins Gefängnis eingeliefert.

Pfadfinderführer als Sittlichkeitsverbrecher

3 1/2 Jahre Zuchthaus für gleichgeschlechtliche Unzucht

Wie dies bekannt gibt, wurde der frühere Pfadfinderführer Otto Thele wegen fortgesetzter schwerer Unzucht mit Jugendlichen und Kindern in nicht weniger als 18 Fällen von der Großen Strafkammer Mannheim zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus und Aberkennung der Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren verurteilt. Der Anklagevertreter hatte gegen den mehrfach rückfälligen Verbrecher — es handelte sich stets um gleichgeschlechtliche Unzucht, verübt an minderjährigen Jugendlichen — die Anordnung der Sicherungsverwahrung beantragt. Das Gericht aber wollte dem Angeklagten noch einmal eine Chance geben, zumal derselbe sich verschwor, nach Verbüßung der Strafe entweder einen ärztlichen Eingriff vornehmen zu lassen oder sich „in die Behandlung eines Nervenarztes“ zu begeben, versprach. Die letzte Zuchthausstrafe von 5 Jahren hatte Otto Thele im Jahre 1947 abgesessen, ging aber nach der Entlassung sofort wieder seinen verbrecherischen Neigungen nach.

„Adler“, führte er aber nicht auf den Pfad der Tugend, sondern beschmutzte sie mit gemeinen Händen. Und als der Wolf im Schafspelz entlarvt und zum erstenmal ins Zuchthaus gesteckt wurde, setzte er, sobald er sich wieder auf freiem Fuße befand, sein schändliches Treiben fort. Ein gemeineres Verbrechen, als die Unerfahrenheit von Kindern für die geschlechtliche Befriedigung auszunutzen, läßt sich wohl kaum denken.

Sicher ist es eine peinliche Angelegenheit für den Pfadfinderbund, einen Menschen, der ehemals bei ihm stand, als notorischen Sittlichkeitsverbrecher zum vierten Male vor dem Strafgericht zu sehen.

Schneebericht für den Schwarzwald

Stuttgart (Iwb). Die Schneeverhältnisse im gesamten Schwarzwaldgebiet sind bei Vorherrschen von gutem Pulverschnee weiterhin befriedigend. In Höhen von mehr als 1000 Meter wurden am Mittwoch Schneehöhen von 30 Zentimeter festgestellt. In tieferen Lagen liegen etwa 15 bis 20 Zentimeter Schnee. Da mit einer Milderung des Wetters innerhalb der nächsten 2 Tage gerechnet wird, dürfte sich gegen Wochenende die Schneebeschaffenheit verschlechtern.

Stalin - ein Leben für die Arbeiterklasse

Morgenfeier aus Anlaß des 70. Geburtstages Stalins. Sonntag, 18. Dezember 1949, vormittags 10 Uhr im „Capitol“ Neckarstadt

- Aus dem Programm:
Mandolinorchester (Verein für Volksmusik)
Russische Weisen u. a.
Rezitationen: Im Kreml brennt noch Licht. E. Weinert. — Das Lied vom Vaterland (aus dem Russischen übersetzt).
Es rezitiert Willi Sessig, Schwetzingen.
Ansprache: Willi Rohn, Stuttgart.

Quer durch's Land

Stuttgart (Iwb). Das „Junge Theater“ in Stuttgart, das sich 11 Monate ohne Subvention erhalten konnte, teilt mit, daß es keine Möglichkeit mehr sehe, weiterzuspähen. Mit geringen Einnahmen habe man vor allem im September und Oktober gerechnet. Aber in der ersten Hälfte des Monats Dezember sei der Kartenverkauf derart katastrophal gewesen, daß nicht einmal 350 DM für die Wochenmiete hätten aufgebracht werden können. Eine Eingabe bei der Stadt sei erfolglos geblieben.

Mit der Schließung des „Jungen Theaters“ würde Stuttgart sein letztes privates Schauspieltheater verlieren.

Wildschweine im Aufriff

Grübingen (Iwb). In der Nähe von Grübingen im Kreis Göppingen war kürzlich eine Gruppe von Holzfällern bei der Arbeit. Aus einem nahe der Feuerstelle gelegenen Gestrüpp brach plötzlich ein Rudel von etwa zwanzig Wildschweinen hervor und stürzte auf die Holzfäller los, die sich gerade zur Frühstückspause niedergelassen hatten. Die Vesper flogen weg und in Sekundenschnelle wären die Holzfäller in voller Deckung verschwunden. Als die Luft wieder rein war, stellten die überraschten Holzfäller fest, daß eines der Wildschweine einen halben Laib Brot einschließlich des Brotsacks als Siegestrophäe mit sich genommen hatte.

Der Teufel im Dienste des Finanzamtes. Karlsruhe (Iwb). Der Präsident des Landesfinanzamtes Nordbaden hat den Teufel in den Dienst des Finanzamtes gestellt. Auf einem Briefpoststempel des Finanzamtes Karlsruhe erscheint er, gehört mit Pferdefuß und Schwanz und ruft, auf einer langen, zweizeinkigen Gabel reitend, dem Steuerzahler zu: „Sei steuerreichlich — alles andere ist gefährlich!“

Oel ist brennbar

Bretten (Iwb). Ein mit 41 Oelfässern beladener Lastkraftwagen geriet in der Nacht zum Dienstag auf der Autobahn bei Mingolsheim in Brand. Der Sachschaden wird auf über 2000 DM geschätzt.

Versammlung der KPD, Neckargerach. Am Samstag, den 17. Dezember 1949, findet in Neckargerach um 19 Uhr, im „Grünen Baum“, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, zu der alle Mitglieder der Ortsgruppe eingeladen sind. Da in dieser Versammlung außer dem Bericht vom Landesparteitag und der letzten Kreiskonferenz in Mosbach noch andere wichtige Punkte besprochen werden, wird um reifliches Erscheinen aller Genossen dringend gebeten. Der Ortsgruppenvorstand.

Diplomatie gestern und heute

Zu einem Vortrag von Prof. Dr. Ernst, Heidelberg, in der Wirtschaftshochschule

Auch wenn es sich um die Behandlung von Themen aus der Geschichte handelt, kann der Zweck des Vorgetragenen doch nur darin liegen, aus diesem Geschichtswissen die Nutzenanwendung für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen. So erklärte es richtig in seinen Schlussätzen Professor Dr. Fritz Ernst, Heidelberg, der am Mittwochabend in der Wirtschaftshochschule einen Vortrag über die „Geburt der modernen Diplomatie“ hielt. Das kann jedoch nicht mit so einem Satz geschehen, sondern setzt voraus, daß das Gebotene in seiner Darstellung genügend zu vergleichen mit den Erfahrungen der jüngsten Zeit anregt. Wenn, wie Prof. Ernst meinte, das Wissen von den Anfängen der modernen Diplomatie in einem Augenblick nützlich sei, wo die von ihr bestimmte Geschichtsperiode zu Ende gehen muß wenn unser Volk sein Dasein behalten will, so entnehmen wir dem Vortrag keine Hinweise darauf, aus welchen Gründen das Ende dieser Periode gekommen ist. Die moderne Diplomatie muß nach seinen Worten der Vergangenheit angehören, ihre Fortführung also unheilvoll für die Völker sein.

Zu diesem Schluß kann man nicht kommen, wenn Prof. Dr. Ernst die Anfänge der Diplomatie so darstellt, als hätten sie den Zeitschnitt der unbedingten gewaltsamen Auseinandersetzung auf dem Schlachtfeld abgelöst und die Mächtigen seinerzeit begannen, ihr Machtstreben nicht mit den Mitteln

der bewaffneten Auseinandersetzung sondern denen der Diplomatie zu erringen. Diplomatisches und militärisches Handeln stellen keinen Gegensatz dar, sondern ergänzen einander. Mit den Mitteln der Diplomatie, besonders der Geheim-Diplomatie, wurden doch die größten militärischen Auseinandersetzungen zwischen den Völkern vorbereitet. Allein schon deswegen muß sie überwunden werden. Nach den Worten des Vortragenden wurden schon in ihren Anfängen die Gesandtschaften zu dem Zweck errichtet, die Absichten des anderen zu erforschen. Dinge, die im heutigen politischen Sprachgebrauch als Spionage bezeichnet werden. Die Geschichte dürfte auch bewiesen haben, daß die Gesandtschaften häufig nicht als Mittelmann zur Verständigung der Nationen untereinander, sondern der Organisation von Verschwörungen dienen. „Die moderne Diplomatie“ hat sich zum gefährlichen Mittel herrschender Gruppen entwickelt. Mit ihrer Hilfe wurden die Mächtekonstellationen zur Unterwerfung und Vernichtung der Gegenspieler geschaffen. Die Zeit ist reif, diese Rolle der diplomatischen Missionen zu beseitigen. Die Gesandten haben die Aufgabe, zu wirklichen Botschaftern ihrer Völker und damit der Verständigung und des Friedens zu werden. Ihr Wirken kann auch heute nicht mehr das Geheimnis der Kabinette sein, sondern gehört vor das Forum der Völker.

Elternbeirat contra Kreisschulrat

Protest der Schlierbacher Eltern gegen Willkürmaßnahmen

Heidelberg. Die Schlierbacher mit ihren bekanntlich ruhigsten Gemütern Heidelbergs, sind jetzt berechtigterweise aus ihrer bisherigen Reserve herausgetreten. Anlaß dazu war eine durch den Kreisschulrat vollzogene Amtsenthebung des bisherigen Schulleiters Mayer und Neubestetzung dieser Stelle durch Herrn Göring als Rektor der Schule, sowie die Versetzung des in Schlierbach sehr beliebten Lehrers Migl nach Ziegelhausen. Schon vor 14 Tagen nahm eine Elternversammlung mit aller Schärfe gegen dieses selbstherrliche Vorgehen des Kreisschulrates Lauble Stellung und warf ihm vor, bei seinen Maßnahmen weder den Schulausschuß befragt noch ihm unterrichtet zu haben.

einige Fingerzeige, und darum wollen wir sie auch der Öffentlichkeit unterbreiten:

Diese hier vorgenommene Umstellung ist zweifellos eigenartig. Eine Rektorenstelle bei der Volksschule des Stadtteils Schlierbach gab es unseres Wissens in der Vergangenheit nicht. Zumindest ist die Frage berechtigt, warum man dem bisherigen Schulleiter Mayer nicht die Möglichkeit bot, sich um eine neu zu schaffende Rektorenstelle zu bewerben und die Veränderungen „von oben befehlend“ durchführte. Wir kennen die wirklichen Hintergründe nicht. Vielleicht geben uns aber die Fragen, die die Schlierbacher Eltern an Dr. Thoma als verantwortlichen Leiter des Schulwesens in Nordbaden jetzt gerichtet haben,

- 1. Besitzt er Kenntnis davon, daß Kreisschulrat Lauble während seiner vertretungsweise Tätigkeit als Stadtschulrat seine Differenzen, die er in Ziegelhausen als Kreisschulrat hat, jetzt auf solche Art aus der Welt schafft?
2. Weiß Herr Dr. Thoma, daß Kreisschulrat Lauble ohne vorausgegangene Unterrichtung dem Schulleiter Mayer einfach erklärte, er sei seines Postens entoben?
3. Weiß Herr Dr. Thoma, daß mit der Versetzung des Herrn Göring als Rektor nach Schlierbach ihm kurz vor seiner Pensionierung eine höhere Gehaltsgruppe zugeschanzt werden soll? Und weiß er, daß der Kreisschulrat dem Lehrer Migl kurz mündlich erklärte, er habe von Montag an in Ziegelhausen anzufangen?

In einer Erklärung des Elternbeirats, der diese drei Fragen wörtlich entnommen sind, heißt es zum Schluß: „Wir werden nichts unversucht lassen, diese Ungerechtigkeit aus der Welt zu schaffen im Interesse einer anständigen und sauberen Schulführung, ganz besonders aber im Interesse unserer Kinder. Wir werden abwarten, was der Herr Kreisschulrat dazu zu sagen hat.“

PREISWERTE Weihnachtsangebote



Herren-Wintermantel

solide strapazierfähige Qualität

68.- 85.- 105.- 138.- 158.-

Knaben-Wintermäntel

19.50 35.- 42.- 48.- 52.-

„Besonders preiswert“

sind unsere Skihosen, Windblusen, Amoraks, Herren- und Knaben-Hosen, Hemden, Krawatten, Schals, Gürtel, Hosenträger usw.

Auch unsere Damen-Wintermäntel und Wollkleider sind äußerst preisgünstig. Kommen Sie zu



KARLSRUHE - KAISER-STRASSE 209
neben der Kurbel

Schenk auch Du einen Geäber-Schuh

Schuh-GRÄBER am Rondellplatz

neben Gloria-Palast

Das Haus der guten Schuhe

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!



Reiche Auswahl

in praktischen

Weihnachts-Geschenken

aller Art bei

Hammer & Helbling

Karlsruhe, Zähringerstraße 73/75

Gegründet 1809

Fernruf 458



Herrenstr. 26/28 - Tel. 6180/6182

Oberhaardter Rotwein 1.95

Frankweiler Weißwein 1.80

Flaschen mitbringen!

Preiswerte Spirituosen

Liköressenzen

Ansetzbranntwein



Elektro-Apparat zum Ausrasieren im Expresstempo

Vorführung im Fachgeschäft

Karrer, Kaiserstr. 233

Moden Frey Kaiserstr. 63
gegenüber der Hochschule

HERREN-HEMDEN, KRAWATTEN
STRÜMPFE, STRICKWAREN
in großer Auswahl und bekannter Qualität.

Sie gut bei Ihren Weihnachts-einkäufen!

MOBEL EHRFELD

Die Rauchwaren für den Gabentisch von den Männern des Karlsruher Raucherdienstes

Die Rauchwaren für den Gabentisch von den Männern des Karlsruher Raucherdienstes

Die Rauchwaren für den Gabentisch von den Männern des Karlsruher Raucherdienstes

Weihnachts VERKAUF

Kleiderstoffe

Sichelhaar, 70 cm breit	2.95
Winter-Birndi, 80 cm breit, bunt gemustert	3.25
Kleider- u. Diradistoffe, 80 cm br., in reizend. Mustern	3.90
Kleider-Karo, 70 cm breit, für Hauskleider	5.40
Woll- u. Zellwollkaro u. Pepita, 90 cm brt., in viel. Must.	7.40
Kleiderschotten, 150 cm, flotte Muster	8.90
ferner Schürzenstoffe, Flanelle für Hemden und Blusen	
Anzug- und Mantelstoffe in großer Auswahl	

Damenwäsche

Schlüpfer, gute Qualität	2.90	2.90
Schlüpfer mit Wolle platt und Wolle	4.70	7.-
Hemden m. Achsel, weiß und bunt	4.00	4.65
Wäschegarnituren Hemd und Schlüpfer	5.35	5.65
Wäschegarnituren Hemd, Schlüpfer u. Unterleid	14.85	16.30
Nachthemden mit 1/2 und langem Arm	14.85	16.30

Herrenwäsche

Unterjacken mit langem Arm	5.50	
Unterhosen, Normalware	4.20	4.40
Herrenhemden m. festem Kragen in viel. Mustern	9.20	11.-
Herrenhemden m. fest. Kragen, Zwirn u. Popelin	14.50	16.50
Schlafanzüge, Nachthemden, Herrensocken und Hosenträger in reicher Auswahl		

Textilhaus

J. HERTENSTEIN

INHABER

Rudolf Kutterer

KARLSRUHE/B. HERRENSTR. 25

Der Radiodoktor ist der Mann,
Der fachlich Dich beraten kann,
Bei Neukauf oder Reparatur
Denk' an den Radiodoktor nur!

Radio-Doktor DUFFNER

KARLSRUHE, Kaiserstr. 46, Telefon 6743

Praktische Festgeschenke für die Dame

Blusen und Röcke	9.75	14.50	24.-
Seidene Kleider	39.50	54.-	85.-
Wollkleider	35.-	59.-	78.-
Elegante Mäntel	75.-	98.-	145.-

Benützen Sie am Sonntag meinen Auto-Sonderdienst ab Marktplatz.

MAN GEHT ZU Schöpff SEIT 50 JAHREN



UNSERE MODERNEN RÄUME ERWARTEN IHREN BESUCH

Karrer

HAUS FÜR ELEGANTE BELEUCHTUNG

KAISERSTRASSE 233